

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK

Das Tandem der Selbstgeißler

In Frankreich und Deutschland strafen die Wähler ihre Regierungen für die richtigen Reformen ab / *Josef Joffe*

Zwei Länder, ein Bild. Nach dem Horrorverdikt der Regionalwähler gegen seine Partei, die UMP, wird Staatschef Chirac seinen Premier vielleicht doch noch den Wölfen vorwerfen; die linke Libération kräht: "Bye-bye, Raffarin." In Deutschland hat sich Kanzler Schröder selber vom Schlitten katapultiert, indem er den Parteivorsitz opferte.

In Frankreich wollen fast 60 Prozent der Bürger den ungeliebten Jean-Pierre Raffarin loswerden. In Deutschland will nur ein Viertel des Wahlvolkes für die Partei des hiesigen Regierungschefs votieren. Dem Regierungslager der französischen Rechtsparteien erging es zwar am Sonntag etwas besser als der SPD, konnte es doch im Landesdurchschnitt 37 Prozent der Stimmen einfahren. Bloß wird das Desaster richtig deutlich, wenn man nicht auf die Prozente, sondern auf die Machtverteilung blickt. Mit etwas mehr als der Hälfte der Stimmen haben die Linksparteien in 25 von 26 Regionen die Mehrheit errungen. Das sind 96 Prozent der "Länder". Dagegen darf die SPD geradezu glänzen, stellt sie doch den Regierungschef in sieben von 16 Bundesländern.

Der Grund ist hier wie dort der gleiche. In Frankreich beträgt die Arbeitslosigkeit 9,6 Prozent, in

Deutschland 11,1 Prozent. Dort gilt Raffarins "Agenda 2006", hier die Agenda 2010. Beide wurden - werden - hier wie dort zögerlich abgearbeitet. Bislang hat Raffarin nur einen Punkt abgehakt: die Rentenreform. Es fehlt als nächster Schritt die Gesundheitsreform, die wie in Deutschland das Monstrum der Kostenexplosion anpacken soll. Weiter in der Ferne: Bildung und Arbeitsmarkt, die ebenfalls an den aus Deutschland vertrauten Schwächen kranken: zu wenig Exzellenz in dem einen, zu viel Erstarrung in dem anderen Sektor.

Freilich sieht die Bilanz in Deutschland besser aus. Immerhin gibt's ein bisschen Gesundheits- und Rentenreform, immerhin wurde mit minimaler Schwächung des Kündigungsschutzes ein Schritt zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes getan. Die Handwerksordnung ist dem Mittelalter entzogen, das Arbeitsamt ("Hartz") modernisiert worden. Also darf man sagen: Raffarin hat mehr Schläge für weniger Mut bezogen.

Jedenfalls blicken die Franzosen, wenn sie nicht gerade ihre eigene Regierung abstrafen, mit einiger Bewunderung auf die rechtsrheinischen Nachbarn. Weshalb auch der britische Economist in seinem Bericht aus

dem Angstland ("angst" gehört mittlerweile zum festen englischen Vokabular) notiert: "Die Deutschen sind nie fröhlich gewesen", aber "die Selbstkritik droht ernstlich in Selbstgeißelung umzukippen".

Weitere Parallelen? Natürlich: der miserable Zustand der jeweiligen Opposition. Frankreichs Linksparteien haben es zwar geschafft, ein Wahlbündnis zu schließen, aber auch ein Regierungsbündnis? Dazu sind sie zu zerstritten. Die Union darf zwar die absolute Mehrheit anpeilen, aber ihren Nachfolgekrieg ("Wer regiert nach Kohl?") hat sie noch längst nicht beendet.

Die Lehre aus Paris wie Berlin? Wer jahrzehntealte Besitzstände knacken will, muss es schnell tun. Sonst hat der Widerstand zu viel Zeit, sich zu organisieren. Oder: Wer dem Wahlvolk die Wahrheit und die Schmerzen nur fein dosiert zuteilt, kriegt selber Prügel, ganz gleich, ob er von links oder rechts agiert. Der Trost: In Deutschland gibt es keine mächtige Rechtsaußenpartei, in Frankreich hat die Nationale Front fast 13 Prozent geholt.